

Interfraktioneller Dringlichkeits-Antrag öffentlich	Datum	Nummer
	29.05.2006	A0114/06
Gremium	Sitzungstermin	
Stadtrat	01.06.2006	
Kurztitel		
Genehmigung von Anfangsklassen		

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, sich beim Kultusministerium und beim Landesverwaltungsamt nochmals für die Genehmigung der Anfangsklassen auch für die Sekundarschulen „G.W.Leibniz“ und „O. Linke“ einzusetzen.

Begründung:

Das Landesverwaltungsamt hat für das kommende Schuljahr die Bildung von 5. Klassen für die beiden Sekundarschulen nicht genehmigt. Für die Einrichtung von 5. Klassen wäre eine Ausnahmegenehmigung erforderlich gewesen, da beide Schulen, wie auch andere Sekundarschulen der Stadt, die vom Kultusministerium vorgegebene Jahrgangsbreite von mindestens 40 Schülerinnen und Schülern in den neuen 5. Klassen nicht erreichen.

Wir wenden dagegen ein:

1. Beide Sekundarschulen sind Bestandteil der genehmigten Schulentwicklungsplanung bis 2009.
2. Für die Bestandsfähigkeit von Schulen ist nach Schulentwicklungsplanverordnung außer der Jahrgangsstärke der Eingangsklasse auch die Gesamtschülerzahl maßgebend. Das ist auch Bestandteil der Verordnung vom 08.02.06 bei der Beurteilung von Ausnahmegenehmigungen. Beide Schulen weisen die erforderliche Gesamtschülerzahl auf.
3. Beide Schulen liegen im Stadtgebiet an exponierter Stelle. Die Leibnizschule ist die einzige verbliebene Sekundarschule im Stadtzentrum, die Linke-Schule umfasst den Einzugsbereich am westlichen Stadtrand. Stünden beide Schulen zur Disposition, würden sich auch innerhalb der Stadt massive Schulwegsverlängerungen ergeben und die Stadtkasse zudem durch Mehrkosten bei der Schülerbeförderung belastet werden.
4. Beide Schulen befinden sich in gut sanierten bzw. gut erhaltenen Schulanlagen. Angesichts des Sanierungsbedarfes in den Schulen der Stadt, die sich aus jetziger Sicht bereits auf mindestens 100 Mio. € belaufen, wäre es unverantwortlich, ausgerechnet gut ausgestattete Schulanlagen still zu legen. Der Ausfall einer ganzen Klassenstufe könnte aber das Aus der Schulen vorprogrammieren, zumal insbesondere die Leibnizschule von Schülerinnen und Schülern angewählt wird, die vom Gymnasium an die Sekundarschule zurück gehen.
5. Wenn in der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung angesichts hoher Übergangsquoten an das Gymnasium die Aufgabe weiterer Sekundarschulen unausweichlich ist, so sollte das in der Verantwortung des Trägers der Schulentwicklungsplanung in einem geordneten und gut abgewogenen Prozess erfolgen.

6. Schließlich: die Wertschätzung von Sekundarschulen wird angesichts solcher administrativer Maßnahmen weiter geschädigt.

Hans-Werner Brüning
Fraktion Die Linkspartei.PDS

Reinhard Stern
CDU-Fraktion

Rainer Löhr
SPD-Fraktion

Holger Franke
FDP-Fraktion

Dr. Klaus Kutschmann
Fraktion BfM/Tierschutz

Michael Stage
Fraktion future! die jugendpartei